

Projektmeldung | Nigeria | Beratung Öffentlicher Sektor

Individual Measure: EU Support to Democratic Governance in Nigeria (EU-SDGN)

Stärkung demokratischer Institutionen und Wahlen, u.a. technische Hilfe, Kapazitäten-
aufbau

Finanzierungsbewilligung

15.03.2017

Land:	Nigeria
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor
Träger:	Delegation of the European Union

Für eine Sondermaßnahme zur Förderung der demokratischen Regierungsführung in Nigeria stellt die Europäische Union im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) einen Beitrag in Höhe von 26,5 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) bereit. Sie umfasst in den Jahren 2017 bis 2021 den Aufbau starker demokratischer Institutionen für die Gewährleistung demokratischer Wahlen in 2019. Im Einzelnen ist die Unterstützung folgender Komponenten vorgesehen: Electoral Management Body (EMB), Nationalversammlung, politische Parteien, Medien, Frauen, Jugendliche und Randgruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Akteure.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Nigeria

Beratung Öffentlicher Sektor / Rechtsberatung / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Justiz und Recht / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Konjunktur / Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Privatisierungsvorhaben / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Projektmanagement, Evaluierung / Statistik / Unternehmensberatung / Förderung benachteiligter Gruppen
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.